

CDU und FDP: Quittung für die Bürger immer nach der Wahl!

Die Müllgebühren steigen weiter!

"Den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren wir die Quittung lieber erst nach der Wahl!" So machen es die Politiker. Nicht immer. Aber immer öfter? Nein - und nicht alle. Schon in der "Kontakte" vom Oktober 1993 hatte ich Sie darauf aufmerksam gemacht, mit welchen Methoden die (ohnehin schon gestiegenen) Müllgebühren kurzzeitig "geschönt" werden. In einem Gebührenhaushalt freilich wird früher oder später die Rechnung präsentiert.

Dann allerdings zahlen Sie als Bürger nicht nur das aufgelaufene Defizit, sondern natürlich auch die dadurch entstandenen Kosten für Kredite und Zinsen plus des für die Zukunft kalkulierenden Mehrbedarfs. Was unter dem Strich dann rauskommt, nennt man "satte Gebührenerhöhung". Für diese Sprünge, das sei zur Klarstellung erwähnt, ist allein die damalige CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag verantwortlich - nicht etwa die Firma Vollbeh (die kann dafür gar nichts!).

Deutlicher als im Rechnungsprüfungsbericht des Kreises für 1993 - sozusagen der Rechnungshof des Kreises - kann eine Kritik wohl kaum ausfallen.

"Der Unterschub im Müllgebühren-Haushalt ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Abfallbeseitigungsgebühren erheblich hinter den Veranschlagungen zurückgeblieben sind. Es muß bezweifelt werden, ob die für die Veranschlagung erforderlichen Angaben richtig und vollständig ermittelt worden sind."

Auf deutsch: die frühere satte 1-Stimmen-Mehrheit von CDU und FDP hat es gesehen und gewußt, aber aus wahltaktischen Gründen lieber vergessen. Sollte die Kommunalwahl verlorengehen, haben die Sozis das Problem, wenn wir gewinnen, hängen wir es den Grünen an. Schließlich hatten sie schon für 1992 etwa 3,3 Mio. DM schöngerechnet, nun kommen für 1993 ebenfalls nochmals 2,3 Mio. DM. Die müssen jetzt nachgezahlt werden - von Ihnen!

Hatte nicht der CDU-Sprecher Dopp aus Bredenbek im Kreistag am 21. Dezember 1992 (!) erklärt, eine Grundlage für Gebührenerhöhung zum 1.1.1993 sei nicht gegeben, man wolle erst einmal in Ruhe abwarten, wie sich

die Einführung des Dualen Systems Deuschlan (DSD) gebührenmindernd auswirke?

Hatte nicht der FDP-Abgeordnete Barz aus Felde in der gleichen Sitzung geäußert, er sei überzeugt, daß DSD eine positive Angelegenheit und eine Gebührenerhöhung zur Zeit nicht absehbar sei?

Laut Kreistagsprotokoll haben sie es. Und das, obwohl der Vorsitzende des Kreis-Umweltausschusses und SPD-Sprecher Michael Scholz aus Schwedeneck unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes und die Gebührenerhöhung auf die sich deutlich abzeichnenden Millionenlöcher hingewiesen hatte.

Wie schnell einen das doch einholt! Aber nur, wenn Sie als Bürgerinnen und Bürger Menschen wählen, die auch aufpassen und nicht nur in Rendsburg (oder Bonn) ihr Sitzfleisch trainieren!

Thomas Engel
SPD-Kreistagsabgeordneter
für Kronshagen

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

21. Jahrgang

Oktober 1994

Neue Lebensqualität im Ortskern

Zur Gestaltung der Ortsmitte von Kronshagen

Die Neugestaltung der Ortsmitte von Kronshagen ist sicher eine Jahrhundertaufgabe: die Beurteilung von einzelnen Maßnahmen sollte deshalb stets die langfristigen Ziele der gemeindlichen Entwicklung und deren vielfältigen Auswirkungen auf das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger im Auge behalten. Die Gemeinde war deshalb gut beraten, die planerischen Grundlagen in mehreren Stufen (Gutachterverfahren, Architektenwettbewerb) zu schaffen. So kann sie sicher sein, die bestmögliche Lösung für ihre Probleme gefunden zu haben.

Die öffentlich vorgetragene Kritik bezieht sich vornehmlich auf die Standortfrage und die Gestaltung des Rathauses. Wir meinen, es geht dabei um mehr: um die Stärkung der Identität Kronshagens als kleine, aber feine Nachbarin der weitaus größeren Landeshauptstadt. Marktplatz und Rathaus werden das Herz einer selbstbewußten Gemeinde sein. Städte wie die Partnerstadt Güstrow, aber auch viele Orte in Schleswig-Holstein werden durch das Nebeneinander von Marktplatz und Rathaus geprägt. Eine solche Mitte fehlt in Kronshagen. Wo ist eigentlich die Mitte jetzt, nicht nur geografisch, sondern auch räumlich erlebbar?

Im folgenden wollen wir drei Aspekte aufgreifen, die in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielen, und die auch schon während der Planung eine große Rolle spielten und dies auch weiterhin tun:

1. Lebensqualität

Ortsgestaltung bedeutet für uns viel mehr als nur "Verhübschung" einiger Einzelheiten. Ortsgestaltung hat vielmehr das Ziel, dem gemeindlichen Leben einen funktional wie ästhetisch angemessenen Raum zu schaffen. Die Abhaltung des Wochenmarktes (dessen Einrichtung vor ein paar Jahren sehr umstritten war) erfolgt beispielsweise auf einer sehr trostlosen Fläche entlang der Bahn. Die Planung schafft nunmehr die Voraussetzungen, diesem Markt einen ansprechenden architektonischen Rahmen zu geben, wie ihn viele andere historische Orte kennen. In Kronshagen wird die räumlich intensive Beziehung von Marktplatz, offener Rathaushalle und einer mit Bäumen bepflanzten Fläche eine besondere Attraktion sein. Hier wird sich Raum für den Wo-

chenmarkt, aber auch für Weihnachts- und Blumenmarkt oder Informationsveranstaltungen bieten. Es bleibt Platz für Erholung und Kinderspiel. Die zurückgebauten Straßen und der Platz werden eine räumliche Einheit bilden, in der nicht mehr der fließende Verkehr dominiert, sondern die Fußgänger und Radfahrer sich frei bewegen können. Die Verlängerung der Fußwegverbindung in Richtung Seilereie, die Anordnung weiterer Geschäfte nördlich der Kieler Straße werden es den Kronshagenerinnen und Kronshagenern erlauben, einen Schaufensterbummel zu machen, Eis zu essen, etwas zu trinken oder sich nur hinzusetzen und das Treiben zu beobachten. Da sich Fuß- und Radweg hier kreuzen, bieten sich vielfältige Treffmöglichkeiten. Damit werden Marktplatz und Rathaus, in dem ja auch abendliche Veranstaltungen stattfinden werden, zum Mittelpunkt der Gemeinde schlechthin.



2. Ökologie

Die Rahmenplanung aus ökologischer Sicht zu kritisieren, sich dabei aber im Wesentlichen auf die Erhaltung einer an und für sich nicht besonders hochwertigen Grünfläche zu beschränken, ist unseres Erachtens sehr oberflächlich. Ökologisch planen heißt mehr: Begrenzung von Eingriffen in die Landschaft, Sparen von Energie (z. B. durch Vermeidung unnötiger Verkehrsleistung), Vernetzung unterschiedlich

Die gute Adresse zum Thema Reisen



Kaufpassage Kopperpahl
Kronshagen, Eckernförder Straße 315
Telefon 04 31 / 54 45 11/12

umfassender **Firmen- und
Dienstreise-Service**

Geschäftszeiten:
Mo.-Fr. von 8.00 - 18.00 Uhr
Sa. von 9.00 - 13.00 Uhr

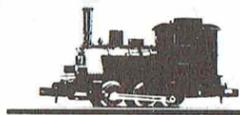
Wir sind



-Agentur

sowie Agentur für andere namhafte Reiseveranstalter

SCHAKAT'S LOKSHOP



Modellbahnen An- und Verkauf

Thorsten Schakat
Ringstraße 80 · 24103 Kiel
Telefon (04 31) 6 21 90
Telefax (04 31) 66 51 26

Fahrrad- Vertrieb Kronshagen Kieler Str. 123



● Fabrikneue Fahrräder extrem reduziert ●
● Gebrauchtfahrrad-Handel ●
(ständig alle Klassen gesucht zu fairen Preisen
v. 50,- bis 1000,- DM)

☎ 0431 / 583306

naturnaher Bereiche. Dementsprechend enthält die Rahmenplanung eine Reihe von umweltrelevanten Vorschlägen, über die leider viel zu wenig gesprochen wird, ohne die aber Rathaus und Marktplatz Stückwerk bleiben müßten: Freihaltung einer Option für die Wiedereröffnung des Bahnhaltepunktes (auch ohne verlängerte Schrankenschließzeiten), Erleichterung und Bevorrechtigung des nichtmotorisierten Verkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs, die zur Vermeidung weiterer Eingriffe in bisher unbebaute Grundstücke sinnvolle bauliche Verdichtung, Anordnung zentraler Einrichtungen in fußläufig von allen Seiten guter Erreichbarkeit. Dem gegenüber ist die Erhaltung oder Veränderung der Rasenfläche (die großkronigen Bäume bleiben erhalten!) ein Randproblem. Wir sehen auch, daß dem einen oder der anderen die Rasenfläche so vertraut geworden ist, daß er oder sie diese nicht missen möchte. "Auch die große Hundeschar wird Schwierigkeiten haben, sich umzuorientieren." Daran sollte aber das Ganze nicht zu messen sein. Im übrigen erfolgt die Ergänzung der bestehenden Bäume um viele weitere, so daß sich ökologisch gesehen insgesamt eine positive Bilanz ergeben wird.

3. Verkehr

Die Fragen des Verkehrs sind in enger Verbindung mit denen der Lebensqualität und der Ökologie zu sehen. Durch die Neuordnung des Verkehrs mittels

- Schaffung autoverkehrsfreier Bereiche,
 - den Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes,
 - den Rückbau bestehender Straßen,
 - die Herabstufung der Kieler Straße zur Gemeindestraße und
 - die Förderung des ÖPNV (Bus, langfristig auch Bahn)
- wird die Belastung der Gemeinde, d. h. ihrer Bürgerinnen und Bürger, erheblich gemindert. Es wird mehr Ruhe geben, die Menschen gewinnen ein hohes Maß an Bewegungsfreiheit in der Ortsmitte.

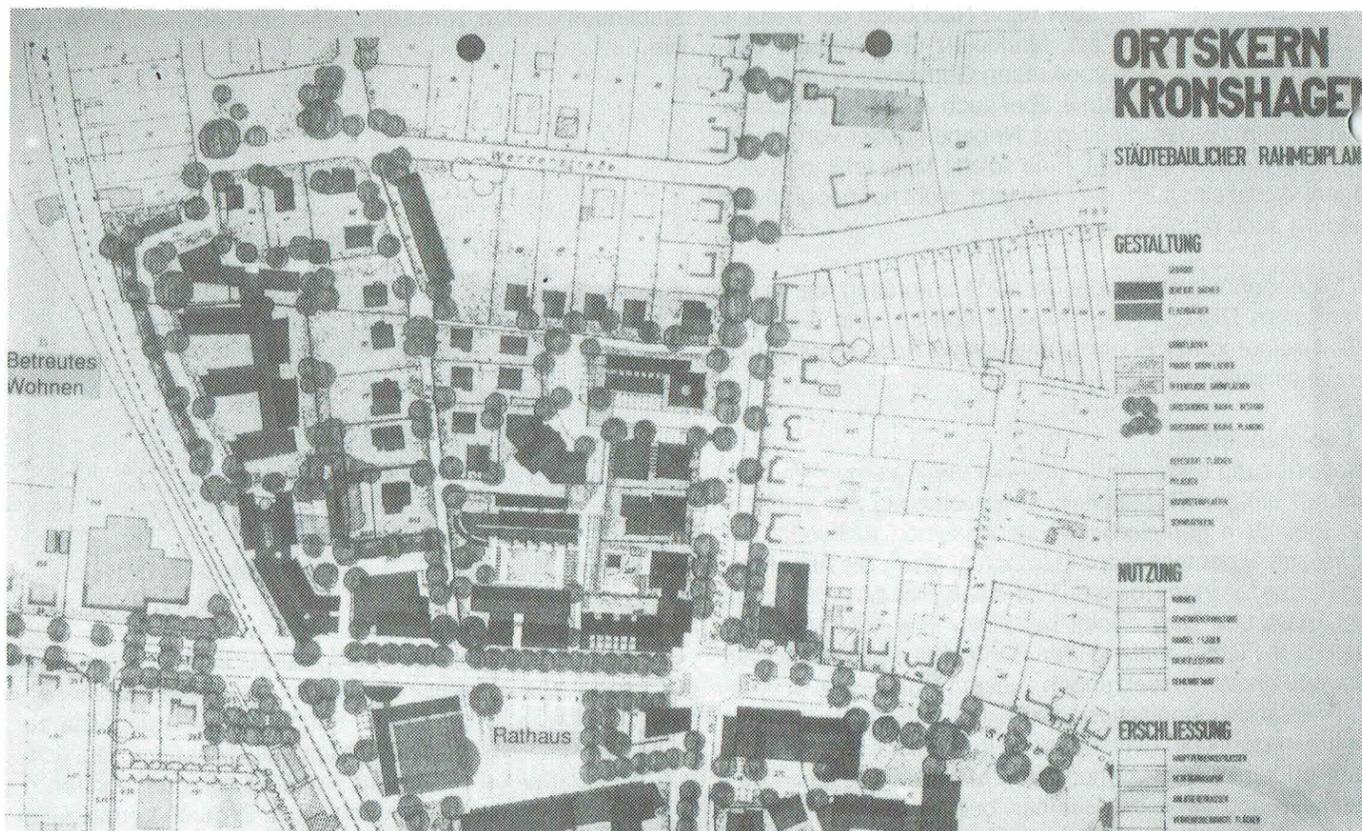
Die Unterbringung des ruhenden Verkehrs unter dem Rat-

haus ist ein Kompromiß aus der sich aus der LBO ergebenden Verpflichtung, eine gewisse Anzahl an Stellplätzen zu schaffen und dem Ziel, möglichst wenig Platz zu ebener Erde dafür zu verwenden. Wie schon zu einem früheren Zeitpunkt vom Verkehrsplaner Prof. Dr.-Ing. Bodo Biedermann nachgewiesen, wird die Tiefgarageneinfahrt keine Verschlechterung gegenüber dem derzeitigen Zustand bewirken. Im Gegenteil: durch Abrücken der Zufahrt von der Bahntrasse und der Rampe von der Kieler Straße ergeben sich bessere Sichtverhältnisse. Die Zahl der in der Tiefgarage vorgesehenen Stellplätze ist nur geringfügig höher als die des jetzigen Parkplatzes. In Verbindung mit der Reduzierung des Durchgangsverkehrs auf der Kieler Straße, dem Umbau der Kieler Straße selbst, Verbesserung der Bedingungen für den nichtmotorisierten Verkehr u. a. wird sich die Sicherheit am Bahnübergang wesentlich erhöhen.

Insgesamt wird die Umsetzung der Planung einen starken Impuls auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Kronshagen auslösen. Dabei sollten funktionale, ökologische und gestalterische Aspekte in ihrer Komplexität gesehen werden.

Wir hoffen mit diesen Ausführungen einige der Planur zugrunde liegende Gedanken verdeutlicht zu haben. Wir können die Kritiker der gemeindlichen Pläne nur bitten, diese nicht um eines Randproblems wegen, zu zerreden. Wir haben als Planer sehr oft die Erfahrung machen müssen, daß nach heftiger Kritik gerade die Kritiker mit dem Ergebnis sehr zufrieden waren, und die Bürgerinnen und Bürger das Erreichte sehr rasch als selbstverständlich akzeptierten. Wir sind sicher, das wird in ein paar Jahren auch in Kronshage der Fall sein!

Prof. Dr. Mehlkorn
Dipl. Ing. Thomas Schrabisch
Verfasser des Rahmenplanes



Leserbrief

Standort Rathaus

In der SPD ist es möglich, auch eine gegenteilige Meinung zur Beschlußfassung der Ortsfraktion öffentlichen zu äußern. Diese Möglichkeit ist ein Spiegelbild der "Demokratie von unten"! Um es gleich vorweg zu sagen: "Ich halte den geplanten Standort des Rathauses, der beschlußmäßig auch von den SPD-Vertretern getragen wird, für falsch!" Gründe?

- In dem neuen Rathaus ist eine Tiefgarage (70 Stellplätze) vorgesehen. Durch die Zu- und Abfahrten erhöht sich die Verkehrsdichte unmittelbar vor den Bahnschranken erheblich, zumal jede Tiefgarage eine Sogwirkung für Autofahrer hat. Es entsteht also ein neuralgischer Punkt von Verkehr, der bei der Planung schon heute vorzusehen ist.

- Wir müssen bei zukünftiger Verlagerung von Lasttransporten auf die Schiene (Infrastrukturplanung) damit rechnen, daß die Kieler Straße durch die Bahnschranken häufiger als bisher durch den öffentlichen Verkehr belastet wird. Zwangsläufig führt es gerade während der Berufszeit zu einer Erhöhung des Straßenverkehrs. Es entsteht schon heute häufig ein Rückstau bis über die Ampeln der einmündenden Kopperpähler Allee hinweg. Dabei muß man bedenken, daß wir immer noch eine jährliche Zunahme von PKW-Zulassungen (ca. 0,8 %) haben. D. h. durch den Ausbau der "Kieler-Mühlen-Weg-Trasse" wird es kaum zu einer wesentlichen Verkehrsverdünnung kommen.

- Durch den Großbau eines Rathauses wird das neu renovierte Gebäude der Kieler Sparkasse in der Vorderansicht erheblich verdeckt. Gerade dieses Haus - von dem Kreisbaumeister Garloff 1911 entworfen - ist eines der wenigen Schmuckstücke in unserer Gemeinde. Ich meine, es ist eine nicht wiedergutzumachende Beschlußfassung der verantwortlichen Gemeindevertretung, gerade unter dem Gesichtspunkt, den Ortskern zu verschönern.

- Ferner klingt es geradezu paradox, wenn argumentiert wird, daß der geplante Standort aus ökologischen Gründen richtig ist. Durch eine Befestigung der jetzigen Rasenfläche wird ökologisch keine Verbesserung herbeigeführt. Anpflanzungen einer Baumreihe bzw. eine

"Hagens" ist gar nicht nötig, denn es stehen schon jetzt wertvolle Bäume in diesem Areal.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß ein erhöhter Raumbedarf für die Verwaltung notwendig ist. Planungen müssen aber bei den Bürgern unseres Ortes Akzeptanz finden. Blickt man in die Entstehungsgeschichten von Rathäusern, so sind stets zwei Gesichtspunkte bei Entscheidungen wesentlich gewesen. Einmal geht es darum, den Standort durch landschaftsbedingte Gegebenheiten und durch Infrastruktur auszuwählen (Ortsmitte). Und zum anderen ging es auch immer darum, den Baustil der vorhandenen Baukultur anzupassen. M.E. kann es nicht einen Glasbetoneubau zwischen Klinkerbau geben.

Alternativvorschläge:

- Grundsätzlich taucht die Frage auf, weshalb kann bei Abriß des alten Feuerwehrgebäudes dieses Gelände nicht bebaut werden?
- Die Gemeinde hat bereits die Häuser in der Kopperpähler Allee Nr. 1, 3 und 5 erworben. Also auch hier ist Ortsmitte gegeben. Durch Zwischenbebauung in diesen Giebelhäusern könnte eine Giebelfront entstehen, die sehr repräsentativ sein könnte. Im hinteren Gartenbereich dieser Grundstücke ist der Bau der Tiefgarage möglich. Darüber können Diensträume und Plenarsaal entstehen.
- Ein weiterer durchschlagender Faktor ist hierbei die Nähe der schon vorhandenen Versorgungsbetriebe (unmittelbar angrenzend). Nach wie vor gilt der Grundsatz in der Verwaltung: Kurze Wege!

- Bei Abbruch des alten Feuerwehrhauses könnte die Einfahrt zu der Tiefgarage landschaftsgärtnerisch

gestaltet werden, die unserem Anspruch "Gemeinde im Grünen" gerecht wird.

- Die Abtrennung der geplanten Seniorenwohnanlage im Bebauungsplan ist möglich, wie bereits der Seniorenbeirat der Gemeindevertretung vorgetragen hat. Gerade der Standort des Rathauses hätte für die Seniorenanlage den Vorteil, daß für die älteren Mitbürger kurze Wege zur Verwaltung angeboten werden.
- Ferner könnte der Elac-Block (Ecke Kieler Straße/Kopperpähler Allee) in einen weiteren Gestaltungsschritt einbezogen werden. Die unteren Wohnbereiche (schon heute durch den Straßenverkehr sehr laut) könnten durch Bogengänge und kleine Geschäfte in die Gesamtgestaltung konzeptionell aufgenommen werden und zur Atmosphäre des Ortskerns beitragen.

Der von den Politikern geschaffene Bürgerentscheid ist doch grundsätzlich positiv zu werten. Dieses Instrumentarium soll doch der Politikverdrossenheit entgegenwirken. Ich verstehe deshalb nicht, warum Schelte ausgeteilt wird. Ich wünsche mir - auch wenn bereits Befragungen und Einwohnerversammlungen stattgefunden haben; häufig hat das allgemeine Bewußtsein bei Bürgern eine längere Anlaufphase - mehr Offenheit und Flexibilität bei den Gemeindevertretern und bei der Verwaltung. Letztlich geht es nicht um "das ziehen wir durch", sondern um Akzeptanz aller Bürger zum Wohle der Bürger. Wie sagte doch der Altbürgermeister Drews: "Die Verwaltung ist zuerst für den Bürger der Gemeinde da!"

Walter Mertins
Hofbrook 47

Willkommen

Königstein

Hotel und Restaurant



Der Treffpunkt netter Gäste

Einzel- und Doppelzimmer mit Dusche, WC, Radio, Durchwahltelefon, Farb-TV und Frühstücksbüfett bietet unseren Gästen den gewünschten Komfort - Gaststätte mit guter bürgerlicher Küche - Parkplätze direkt am Haus.

Auf Wunsch senden wir Ihnen kostenlos unseren Hausprospekt mit weiteren Informationen zu..

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Rolf und Margit Schönwald

Kieler Straße 2 · 24119 Kronshagen
Telefon (0431) 58510-0 · Telefax (0431) 58510241

Locker, und nicht verbissen



Wenn zwei Bundestagsabgeordnete an einem Samstag Abend mühelos einen Saal füllen, dann wird etwas Ungewöhnliches zu erwarten sein. So war es auch, als die Kronshagener Bundestagsabgeordnete Ulrike Mehl und ihr Kollege Eckart Kuhlwein im Bürgerhaus mit einem Kabarettprogramm gastierten. Getreu der Devise ihres Programms "Vorwärts, und nicht verbissen" nahmen die beiden Abgeordneten sich selbst, ihre Partei und die Bonner Polit-Szene auf die Schippe. Ulrike Mehl zeigte ihren Kronshagenern, daß sie nicht nur im Bundestag engagierte Reden zur Umweltpolitik halten kann, sondern darüber auch noch pfeifige Lieder texten und vortragen kann. So macht Politik Spaß und lädt zum Mitsingen - äh zum mitmachen - ein. Das Fazit der Kronshagener Ehrenbürgerin Ida Petersen lautete dann auch: "Ein toller Abend. Ich habe mich köstlich amüsiert."

AKTIV CENTER 211

10 x Squash

inkl. Saunieren

ab **69,-**

● Komplette neu eingerichtete Fitneßstudio in hellen, luftigen Räumen mit separatem Aerobic-Room.

● Großzügige Sauna mit modernem Naßbereich.

● Unser Bistro bietet leckere Snacks, erfrischende Drinks, leichte Kost und frisch gezapftes Bier.

Eckernförder
Straße 211
54 10 48

● **Studenten und
Schüler squashen
preiswerter!**

Umweltpolitik

Zur Sache:

Mensch und Natur sind ernsthaft bedroht:

- Allein in der Bundesrepublik leidet mittlerweile ein Viertel unserer Bevölkerung unter Allergien, die zu einem großen Teil auf schädliche Umwelteinflüsse zurückzuführen sind.
- Fast zwei Drittel des deutschen Waldes sind geschädigt. Der Flächenverbrauch beträgt in den alten Ländern noch immer rund 90 ha pro Tag.
- Immer mehr heimische Tier- und Pflanzenarten sterben aus.
- Unzählige Schadstoffe belasten unsere Luft, unser Wasser, unsere Böden und damit auch unsere Gesundheit.
- Global wird weiter der Treibhauseffekt verstärkt und die lebenswichtige Ozonschicht ausgedünnt.

Die Folgekosten dieser Umweltschäden belaufen sich inzwischen allein in der Bundesrepublik auf dreistellige Milliardenbeträge pro Jahr.

Negativ-Bilanz der Regierung Kohl:

Viele wichtige, von der Regierung Kohl beabsichtigte Gesetzes- und Verordnungsvorhaben sowie die Umsetzung von EU-Richtlinien blieben reine Ankündigungen.

- Obwohl das Artensterben in der Bundesrepublik anhält und der Flächenverbrauch noch immer immens hoch ist, blieb die seit langem angekündigte Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes aus.
- Das verabschiedete Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz führt zu einer weiteren Abschwächung des Natur- und Landschaftsschutzes.
- Die Nitratbelastung des Grundwassers steigt stetig an. Dennoch ist die EG-Nitratrichtlinie von 1991 bis heute nicht umgesetzt.
- 1990 beschloß die Bundesregierung den Kohlendioxid-Ausstoß in allen Bereichen bis 2005 um 25 bis 30 Prozent zu senken (Bezugsjahr 1987). Dem Beschluß sind bis heute keine adäquaten Maßnahmen gefolgt.
- Die umweltpolitische Passivität im Verkehrssektor hat zu einer weiteren Verschlechterung der Luft beigetragen.
- Die versprochene umfassende Novelle des Atomgesetzes brachte die Bundesregierung ebenfalls nicht zustande.

Das wird die SPD machen:

Wir werden ein umfassendes Programm „Kind, Gesundheit und Umwelt“ verwirklichen, um der zunehmenden Gesundheitsgefährdung der Kinder durch Umweltbelastungen zu begegnen.

Hierzu sind deutlich niedrigere Grenzwerte für Schadstoffbelastungen in Luft, Boden, Wasser und Lebensmittel notwendig. Wir werden - wegen der weiterhin unverantwortlichen Risiken - aus der Atomenergie aussteigen und das Atomgesetz durch ein Kernenergieabwicklungsgesetz ersetzen. Wir werden ein nationales Klimaschutzprogramm vorlegen. Unser Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um mindestens 25 Prozent zu verringern. Wir werden besonders in Ostdeutschland Umweltauflagen - z. B. Folgeschäden des Uranerzbergbaus in Sachsen und Thüringen - und Flußsysteme sanieren.

Es muß rasch für eine umweltgerechte Abwasserentsorgung und bessere Trinkwasserqualität gesorgt werden. Wir werden das Naturschutzgesetz novellieren. Wir wollen ein großräumiges Biotop-Verbundsystem schaffen. In den Ländern sollen 10 Prozent der Fläche für den Naturschutz ausgewiesen werden. Wir werden mit einem Bundesbodenschutzgesetz den Boden in seiner Funktionfähigkeit erhalten bzw. wiederherstellen. Wir werden Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen der Landwirte, die über gesetzte Umweltstandards hinausgehen, gesondert vergüten. Wir wollen Markt- und Umweltentlastungen zu gleichrangigen Zielen der Agrarpolitik machen. Wir werden die Erziehung zum Umweltschutz in den verschiedenen Bildungszweigen fördern und zu einem festen Bestandteil des Bildungs- und Wissenschaftssystems machen.

Ulrike Mehl, MdB

Fünf handfeste Gründe, warum Sie SPD wählen sollten

Am 16. Oktober gibt es die Chance, eine neue Bundesregierung zu wählen. Nach Umfragen wollen 57 % der Wahlberechtigten eine neue Regierung haben. Für diese Ansicht hat die derzeitige Bundesregierung genügend Anlässe geboten.

Die SPD hat zu allen Politikbereichen klare Positionen. Ich will nur fünf gravierende Punkte nennen, warum die SPD die bessere Bundesregierung ist.

1. Die SPD ist die Partei, die in ihrem 130-jährigen Bestehen außerordentlich erfolgreich für die soziale Gerechtigkeit gekämpft und Politik gemacht hat. Das reicht von weitreichenden Arbeitnehmerrechten bis zur Pflegeversicherung, die es ohne uns heute noch nicht gäbe. Wir wollen, eine 10 %ige Ergänzungsabgabe für die 20 % Menschen, die ein zu steuerndes Einkommen von über 60.000 DM haben, alle anderen bleiben davon unberührt. Kohl will dagegen alle Einkommen bis ganz nach unten mit einer 7,5 %igen Abgabe belegen. Wir wollen ein einheitliches Kindergeld von 250 DM, ab dem vierten Kind 350 DM. Der Kinderfreibetrag fällt dann weg, so daß die kleineren Einkommen stark entlastet, große belastet werden.

2. Wir wollen die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen durch Entlastung der Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Entlastung der Unternehmer, die in neue Arbeitsplätze investieren, Stärkung der mittelständischen Betriebe, die ja die meisten Arbeitsplätze bieten, starke Förderung von Beschäftigungsgesellschaften für Langzeitarbeitslose und umfassende Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme.

3. Wir haben ein Konzept für eine ökologische Steuerreform. Umweltverbrauch muß teurer werden, die Unternehmen, die auf umweltverträgliche Rohstoffe, Produktion und Produkte setzen, sollen begünstigt und gefördert werden. Dies soll auch zu einer Kreislaufwirtschaft führen, die tatsächlich die Müllberge drastisch verringert. Dazu gehören auch langsam und für alle kalkulierbare Energiepreiserhöhungen, die nicht nur dem Endverbraucher, sondern vor allem Unternehmen das Energiesparen lohnend machen. Die dadurch gewonnenen Gelder sollen für umweltfreundliche Verkehrssysteme, aber auch zu Lohnentlastungen genutzt werden, so daß der Einzelne nicht zu

hart getroffen wird, aber für sich entscheiden kann, Energie und damit Geld zu sparen.

Wir wollen den ernsthaften Einstieg in die Solarwirtschaft und die Windenergie, sowie Energieeinsparung, wo immer es möglich ist.

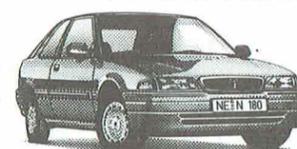
Das Thema Ökologie kommt bei der Regierung Kohl nicht vor, dort kann nur in alten Bahnen gedacht werden.

4. Wir wollen den Wohnungsbau massiv fördern. Kohl hat in den letzten zehn Jahren den sozialen Wohnungsbau fast auf Null gebracht, darum fehlen heute 2 Millionen bezahlbare Wohnungen, weit über 100.000 Menschen sind obdachlos und unzählige müssen 1/4 oder mehr ihres Einkommens allein für Wohnungsmiete aufbringen. Wir werden in den ersten zwei Jahren jährlich 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen fördern und neue Förderinstrumente für den Wohnungsbau entwickeln.

5. Neben vielen Positionen, die ich für alle Politikbereiche nennen könnte, will ich noch einen anderen nennen: wir leben in einer Demokratie, nicht in einer Monarchie. Wir haben eine unverbrauchte kämpferische Mannschaft, Kohl 's ist verbraucht, die Minister werden gewechselt wie das Hemd. Wer also mit der Regierung unzufrieden ist, muß sich eine neue wählen. Die Chance hat jeder Wahlberechtigte am 16. Oktober!



Da weiß man,
daß ihn keiner hat.



*unverbindliche Preisempfehlung ab Lager Rover

Rover 214 Si: 76 kW (103 PS), wahlweise 3- oder 5tätig, 1,4-l-Motor, 16 Ventile, Verbrauch nur ca. 5,5 l auf 100 km (bei 90 km/h nach DIN 70 030), Edelholz, 5 Gänge, höhenverstellbares Lenkrad, Servolenkung, Drehzahlmesser, getönte Scheiben, 4 Lautsprecher, Alarmanlage, Zentralverriegelung. Preis: ab **24.750 DM***, 200er Serie ab: **22.550 DM***

Unser Rover-Händler in Ihrer Nähe heißt:

AUTO-AHRENDT
GMBH

Eckernförder Straße 284
24119 Kronshagen
Tel. (04 31) 54 45 41
Fax (04 31) 54 89 82



You're welcome.



AIRPORT-SERVICE
HAMBURG-FÜHLSBÜTTEL

Einsteigen - zurücklehnen - entspannen - Urlaub machen!

Wir holen Sie vor der Haustür ab z. B. 2 Personen Kiel (Zentrum) inkl. Abholung vom Flughafen nur 170,- DM in den Schulferien 1 Kind frei

Buchen Sie unseren Service in Ihrem Reisebüro gleich mit oder rufen Sie uns an

☎ **04 31 / 58 33 44**

... und der Urlaub beginnt (endet) vor Ihrer Haustür.

Seit 2 1/2 Jahren mit 7 Kleinbussen. An 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr.

Wir kämpfen für eine Regierung, die jedem Bürger mit dem gleichen Respekt gegenübertritt, die das Prinzip der gegenseitigen Verantwortung, des Zusammenhaltes des Bürgersinns in Deutschland wieder stärkt.

Wir kämpfen für eine Regierung, die die Grundlagen sichert für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben in Deutschland.

Eine Regierung, die auf diese Weise die Voraussetzungen dafür schafft, daß wir ein europäisches Land bleiben, das seine internationale Verantwortung friedlich im Einklang mit seinen Nachbarn annimmt.

Eine Regierung, die Schluß macht mit der Selbstgefälligkeit und Arroganz, die zuhört, Initiative aufnimmt und Modernität eines Landes nicht versteht als die Effektivität der Bedienung der eigenen Klientel.

Laßt uns jetzt gemeinsam den Weg frei machen für eine bessere, eine gerechte Politik in Deutschland, die jedem Menschen eine gleiche faire Chance gibt, die bittere soziale Ungerechtigkeiten beseitigt und den Willen zum Zusammenhalt an ihre Stelle setzt, die in Deutschland die Grundlagen für ein gerechtes und friedliches Zusammenleben schafft zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd, zwischen Frauen und Männern, zwischen Jungen und Alten.



Nicht vergessen!
Am 16. Oktober Kohl abwählen!

PHANTASTISCH

DEN FIAT CINQUECENTO
ZUM TAGESPREIS VON
DM 59.00
INCL. 200 KM
ZUM WOCHENSPreis VON
DM 259.00
INCL. 1000 KM
ZUM MONATSPREIS VON
DM 659.00
INCL. 2500 KM

**Zentrum
Autovermietung**

Skandinaviendamm 214
24109 Kiel-Mettenhof Tel: 52 40 52

**Blumen
Beeck**

Eichkoppelweg 19 • 24119 Kronshagen
☎ 04 31 / 58 20 30

Wir präsentieren Ihnen eine reiche Auswahl an Schnittblumen und Gestecken.

Außerdem blühende und grüne Topfpflanzen aus unserem Verkaufsgewächshaus.

Moderne Binderei • Hydrokultur

Seidenarrangements

Familienpolitik

Zur Sache:

Kinder und ihre Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten sind entscheidend für die Zukunft der Gesellschaft. Familien, die Kinder erziehen, leisten dazu einen wichtigen Beitrag. In der Bundesrepublik Deutschland führt die Entscheidung für Kinder jedoch zu gravierenden finanziellen Nachteilen. Zusätzliche Lasten tragen Alleinerziehende, Familien mit kranken oder behinderten Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen und kinderreichen Familien. In den letzten Jahren hat die Steigerung von Steuern und Abgaben und die Einsparung bei bildungs- und sozialpolitischen Leistungen die Familien besonders betroffen. Die Wohlstandsschere zwischen Familien und Kinderlosen hat sich immer weiter zu Lasten der Familien geöffnet.

Der derzeit praktizierte Familienlastenausgleich bewirkt noch nicht einmal die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Steuergerechtigkeit in Form der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Kindern. Von den über vier Millionen Menschen, die in Deutschland von der Sozialhilfe leben, sind im Westen ca. 30 Prozent, im Osten fast 44 Prozent Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren.

Von den alleinerziehenden Eltern haben im Westen jeder sechste, im Osten jeder dritte weniger als das jeweils durchschnittliche Einkommen von 1.246 DM bzw. 1.708 DM (1992) im Monat zur Verfügung. Sie sind „einkommensarm“. 500.000 Kinder leben in Obdachlosenunterkünften oder schlechtesten Wohnverhältnissen. Für solche Kinder ist eine Armutskarriere vorprogrammiert.

Negativ-Bilanz der Regierung Kohl:

Das bisherige System der Unterstützung für Familien und Alleinerziehende mit Kindern ist sozial ungerecht. Die Regierung Kohl beharrt weiterhin auf einer Regelung, durch die ausgerechnet Spitzenverdiener durch steuerliche Kinderfreibeträge weitaus besser abschneiden als Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Darüber hinaus ist das System bürokratisch und derart kompliziert, daß viele Familien Fristen versäumen oder mit den Anträgen nicht zurecht kommen.

Die derzeitige Höhe des Kinderlastenausgleichs trägt den finanziellen Belastungen von Familien in keiner Weise Rechnung. Kinder sind immer mehr zu einem Armutsrisiko geworden. Viele Familien haben die Armutsgrenze längst erreicht.

Das Bundesverfassungsgericht kritisiert die zu hohe Besteuerung der Familien mit Kindern. Es fordert das Existenzminimum von Kindern muß steuerfrei gestellt werden. Die Regierung bleibt tatenlos.

Das wird die SPD machen:

Die Kosten, die mit der Verantwortung für Kinder verbunden sind, sollten gerechter als bisher auf alle verteilt werden.

Der Familienlastenausgleich muß sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren und regelmäßig an ihre Entwicklung angepaßt werden. Dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein:

- Wir werden das Kindergeld kräftig erhöhen: auf monatlich 250 Mark für jedes Kind. Ab dem vierten Kind werden 350 Mark im Monat gezahlt. zum Ausgleich werden wir die ungeraten steuerlichen Kinderfreibeträge abschaffen, bei denen Spitzenverdiener fast dreimal besser abschneiden als geringverdienende Familien.
- Bürokratische Verwirrung und unnötige Doppelarbeit werden wir ersetzen. Das Kindergeld wird unmittelbar vom Finanzamt der Steuerschuld abgezogen bzw. ausgezahlt werden.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß verbessert werden. Wir halten am festgelegten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fest. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen.
- Die Bedarfssätze und die Freibeträge beim BAföG werden wir regelmäßig anpassen.

ähre

Naturkost

Vollwertkostlichkeiten
Spielzeug
Naturtextilien
Kosmetik

...natürlich gut

Mo - Fr 8.00 - 13.30 und 15.00 - 18.00, Sa 9.00 - 13.00
Hoffholzallee 151, 24109 Kiel, Tel. 0431-52 95 13

Heischberg-Kindertagesstättenbau in der Zielgeraden

Alles deutet darauf hin, daß - wie geplant - die Heischberg-Kindertagesstätte noch in diesem Jahr bezugsfertig wird.

Das hat sich in den letzten vier Monaten noch getan:

- Der Grundstücksvertrag zwischen dem Ev.-luth. Kirchenkreis Kiel und der Gemeinde Kronshagen sowie die Vereinbarung über Trägerschaft, Errichtung und Betrieb der neuen Einrichtung (sowie der übrigen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft) sind inzwischen unterschrieben.
- In kürzester Zeit wurde der Neubau errichtet. Die Grundsteinlegung fand am 8. Juli und das Richtfest schon einen Monat später statt.
- Die Stellen (für die Leitung der Kindertagesstätte, die ErzieherInnen usw.) sind seit Ende August ausgeschrieben.
- Die letzten größeren Aufträge (Außenanlagen, Außenspielgeräte, Inneneinrichtung, Kücheneinrichtung) wurden im September erteilt.

Über die restliche Ausstattung (Spiele, Geschirr usw.) wird entschieden, wenn die neue Leitung mitbeteiligt werden kann und die endgültige Gruppeneinteilung feststeht. Sobald der "Betrieb" angelaufen sein wird, wird außerdem schnell deutlich werden, ob (und hoffentlich daß) gute Voraussetzungen für eine harmonische Atmosphäre geschaffen wurden und wo eventuell noch ergänzende Einrichtungen (z. B. weitere Rollos oder Vorhänge) nötig sind.

Um die zukünftige Gruppenaufteilung endgültig festlegen zu können, d. h. um klären zu können, ob außer den zweifellos notwendigen Kindergartengruppen (für Drei- bis Sechsjährige) eine Hortgruppe (für Kinder im Schulalter), eine integrative Gruppe (Gruppe, in der auch behinderte Kinder betreut werden) eingerichtet werden soll, ist der zukünftige Träger (Kirchenkreis Kiel und Christusgemeinde Kronshagen) derzeit dabei, in Zusammenarbeit mit den bestehenden Kronshagener Kindergarteneinrichtungen den Bedarf zu ermitteln.

Wer in Kronshagen wohnt und für ihr/sein Kind einen Platz in einer Hort-, Kindergarten-, Integrativen oder Familiengruppe sucht, sollte sein Kind schnell anmelden (zumal es leider so aussieht, wie wenn sich an den Aufnahmekriterien in Kronshagener Kindergärten vorerst nicht viel ändern wird).

Einen guten Zieleinlauf erhofft sich

Margarete Haller
stellv. Vorsitzende des Ausschusses
für Schule, Kultur, Jugend und Sport

aus Frankfurter Rundschau

Kommentar

Die Dämonisierung der PDS

Von Martin Winter

Im Kampf um die Wählerstimmen haben die Christdemokraten alle Scham fahren lassen. Helmut Kohl scheint bereit, jeden Preis für den Machterhalt zu zahlen. Sein Vorwurf an die SPD, klammheimlich gemeinsame Sache mit der PDS zu machen und die Demokratie preiszugeben, ist mehr als das übliche Wahlkampfgetöse. Kohl gefährdet damit einerseits den demokratischen Grundkonsens der Parteien. Und andererseits verhilft der Historiker Kohl den als Historikerstreit bekanntgewordenen Versuchen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren, zu politischer Reputation.

Wenn der Kanzler die PDS „rotlackierte Faschisten“ nennt, dann ist das Ziel dieses Manövers klar: Die SPD soll in den Generalverdacht demokratischer Unzuverlässigkeit gebracht werden, weil sie es in Magdeburg gewagt hat, sich dem Machtanspruch der CDU mit einer rotgrünen Minderheitsregierung zu widersetzen, die bei Abstimmungen gelegentlich auf die Unterstützung der PDS zählen kann. Die Angstkampagne hat ihr Thema gefunden. Nun ist diese Art der Hetze in der bundesrepublikanischen Wahlkampfgeschichte nicht neu. Schon Konrad Adenauer bediente sich in der Auseinandersetzung mit dem jungen Willy Brandt der übelsten — auch persönlichen — Diffamierungen. Das Wort von den vaterlandslosen Gesellen geistert immer noch durch die Köpfe eines leicht erschreckbaren Bürgertums.

Die bundesrepublikanische Demokratie hat etliche solcher Hetzkampagnen relativ heil überstanden. Doch nun, vier Jahre nach der Vereinigung, sind die Christdemokraten an eine Grenze vorgerückt, hinter der gefährliches Gelände beginnt. Die PDS auf eine Ebene mit den Nationalsozialisten zu heben, heißt die Nachfolgepartei der SED zu dämonisieren um den Preis einer skandalösen Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen. Gewiß, Bautzen war furchtbar und das SED-Regime menschenrechtsfeindlich. Aber Bautzen ist nicht Auschwitz. Wer das nicht begreift oder um vordergründiger Wahlkampfvorteile willen nicht begreifen will, der beschädigt deutsche Gegenwart und Zukunft.

Wo Hitler und Honecker in einen Topf gerührt werden, da ist ein angemessenes Auseinandersetzen mit der Vergangenheit nicht mehr möglich. Weder mit der weit zurückliegenden des Nationalsozialismus noch mit der frischen der DDR. Dabei brauchen die Deutschen, wollen sie

nach der schwierigen Vereinigung und nach dem Ende der Blockkonfrontation zu sich selbst als einem demokratischen, friedlichen und weltoffenen Land finden, dringend eine differenzierte, nachdenkliche und von der Bereitschaft zum Lernen geprägte Auseinandersetzung mit den beiden Vergangenheiten — und natürlich auch mit der der alten Bundesrepublik.

Schlicht infam wird die CDU, wenn sie der SPD vorwirft, bei der Bekämpfung der „linksradikalen PDS“ versagt zu haben, um sich selber im gleichen Atemzug zu brüsten, die „rechtsradikalen Republikaner“ erfolgreich kleingehalten zu haben. Dahinter steckt der dreiste Versuch, den Sozialdemokraten die SED-Nachfolgepartei ans Hemd zu kleben nach dem Motto: Wir kümmern uns um unsere Schweine, kümmert ihr euch um eure. Zum einen verabschieden sich die Christdemokraten damit aus dem Konsens, daß die Bekämpfung demokratiefeindlicher Kräfte gemeinsame Aufgabe aller Demokraten ist.

Zum anderen aber fällt der Vorwurf an die SPD mit doppelter Wucht auf die CDU zurück. Denn ohne die verfehlte CDU-Politik nach der Vereinigung wäre die Gysi-Truppe lange nicht so erfolgreich. Wer wie Kohl 1990 die Menschen über die wahre Dimension der Schwierigkeiten belogen und eine brutale Wirtschaftspolitik durchgesetzt hat, der darf sich nicht beklagen, wenn nun eine nennenswerte Minderheit in den neuen Bundesländern der PDS zuläuft. Der darf vor allem nicht scheinheilig der SPD in den Stall schieben, was er selber gemästet hat. Und: Das Hochreden der PDS zur nationalen Bedrohung wird diese Partei nur weiter popularisieren.

Dafür trägt allein die CDU die Verantwortung. Aber das kümmert Kohl nicht. Im Gegenteil. Er muß an einer starken PDS interessiert sein. Eine unbedeutende Randpartei könnte er kaum als Knüppel gegen die SPD benutzen. Es ist absurd: Das Land und die Menschen, die in ihm leben, haben wahrlich genug Probleme für mehrere Generationen von Politikern. Arbeit, Wohnen, soziale Gerechtigkeit und Deutschlands Rolle in der Welt harren befriedigender Antworten. Doch die CDU tut, als müsse sie die Schlachten des Kalten Krieges noch einmal schlagen.

Es steht zu befürchten, daß dies nicht die letzten Zuckungen eines politisch ausgebrannten Kanzlers sind. Sondern daß die Christdemokraten an einem inneren Feindbild basteln, mit dem die SPD aus der Mitte der demokratischen Gesellschaft hinausdiffamiert und der CDU langfristig die Macht gesichert werden soll. So verlüdelt politische Kultur.

Naherholungsgebiet!



VARIABLE - Design Peter Ossik

Nähe braucht der Mensch.
Wir haben Stühle
für das Miteinander.

Den STOKKE-VARIABLE zum Beispiel:
Er hat Kufen, damit Sie
beim Sitzen beweglich bleiben.
Auf eine natürliche Art und Weise.

Willkommen
zum Probesitzen.

Sit Line

Ergonomische Möbel, Büromöbel,
Leuchten, Accessoires
Flethörn 59, 24103 Kiel
Tel. 0431/97 02 22, Fax 04 31/97 02 66



gesund & farbig
Naturbauhaus

Fleethörn 59
24103 Kiel
0431 · 97 02 88
Fax · 97 02 66

Farben
Baustoffe
Dämmstoffe
Bodenbeläge
Massivholzmöbel
Polstermöbel
Küchen
Matratzen

...gesund
und farbig
bauen und
leben.

JUSO-AG aktiv



Die Juso-AG hat sich für die kommenden Wochen viel vorgenommen. Natürlich wird der Wahlkampf gegen Kohl im Mittelpunkt stehen. Wir Jusos wollen unseren eigenständigen Beitrag leisten und werden jeden Dienstag von 16-17 Uhr einen Info-Stand in der Bürgermeister-Drews-Straße durchführen. Weitere Themenschwerpunkte werden der Sozialabbau, Rechtsradikalismus und die Umweltproblematik sein. Wir werden uns auch an der bundesweiten Demonstration unter dem Motto "keine Rassisten und Faschisten in die Parlamente" am 8. Oktober in Berlin beteiligen. Wer Lust hat, bei uns mitzumachen, kann sich bei Florian, Tel. 58 88 11 oder bei Christian, Tel. 54 86 01 melden. Wir können Euch dann die jeweils nächsten Termine unserer Treffen nennen.

Stefan Godau
Juso-AG Kronshagen

10 Jahre Kleiderbörse

In diesem Jahr findet die Kleider- und Spielzeugbörse der AsF zum 10. Mal statt. Am Donnerstag, dem 13. Oktober geht's um 15.00 Uhr im Bürgerhaus mit dem Verkauf los. Die Verkäuferinnen können ab 14.00 Uhr ihre Stände aufbauen. Wie immer kann jede(r) mitmachen und auch in diesem Jahr geht der Erlös der Spenden und des Kaffee- und Kuchenverkaufs an den Marie-Schlei-Verein "Hilfe für Frauen in der Dritten Welt". Anmeldungen der Verkäuferinnen und Tischreservierungen bitte bei Christel Kahl-Theede, Tel. 58 04 76.

Ampel läßt auf sich warten

Aufstellung der längst zugesagten Ampel am Ottendorfer Weg/Herrenwiese wird sich nach Auskunft des Straßenbauamtes in Rendsburg noch verzögern. Angesichts der Gefährdung des Schulweges kann man für diesen bürokratischen Planungsprozeß kein Verständnis aufbringen.

Termine

- * Sonntag, 16. Oktober
Bundestagswahl
- * Montag, 31. Oktober
Senioren-Fahrt der Gemeinde
Kronshagen
- * Dienstag, 8. November
AsF Stammtisch ab 20.00 Uhr
im Rhodos

HONDA

FÜR DEN KLEINEN EINKAUF-
BUMMEL ZWISCHENDURCH.



Und plötzlich ist er da: Dieser schicke 3-Türer, der in'so gut wie jede Parklücke paßt, vorne schnittig aussieht, hinten eine große Klappe hat und für ganze 00.000 Mark zu haben ist — Servolenkung, Honda Stereo-Cassettenradio, Radzierblenden, und vieles mehr inklusive: der Civic City Edition! Mit dem sind Sie beim Shopping öfter mal der Erste. Und mithin bestimmt auch nicht der Letzte, der den ganzen Rummel wieder hinter sich lassen kann — Richtung Tennis, Freund oder Resto!

3,9%
effektiver Jahreszins
bei 12 bzw. 24 Monaten Laufzeit
und mind. 20% Anzahlung.
Ein Angebot der
AKB-Bank.

"Schon ab DM 19.990,—"

JAPAN MOTOR KIEL GmbH
ECKERNFÖRDER STR. 334 0431-541051

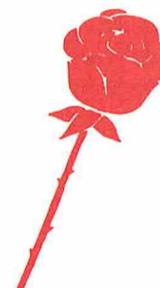
Impressum:

Kontakte Sozialdemokratische Bürgerzeitung
für Kronshagen
V.i.d.P.: Cord Lubinski, Esa-Brandström-Straße 12,
Tel. 54 27 58
Anzeigen: A. Lausmann, Tel. 54 88 32
Druck: Burow Druck, Tel. 56 79 57



markt

Inhaber: Ludwig Flick
KRONSHAGEN - Seilereie 4 - Tel. 58 90 33



Pizzeria La Rose

Kieler Straße 48 • 24119 Kronshagen • Tel. 04 31 / 58 87 65

In gemütlicher Atmosphäre bieten wir Ihnen reichhaltige Speisen
z. B. Steaks • Fisch • Nudel- und Salatgerichte an.
Alle Speisen auch außer Haus

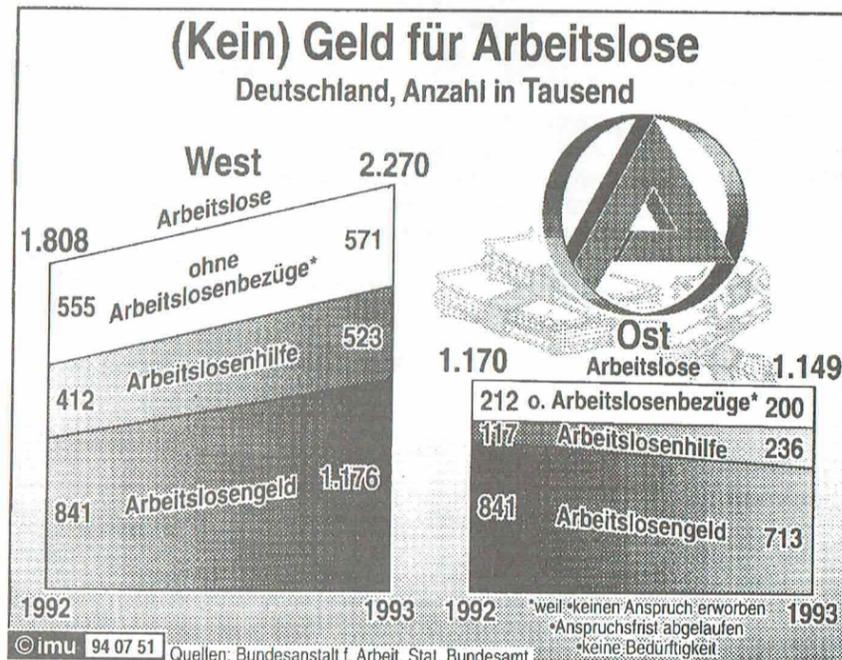


Wir freuen uns auf Ihren Besuch
Brigitta Singh und Mitarbeiter

Geöffnet: Montag bis Samstag von 17-24 Uhr • Sonn- und feiertags von 12-15 und 17-24 Uhr

Nicht die Arbeitslosen - sondern die Arbeitslosigkeit bekämpfen

Am 16. Oktober fällt eine für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Richtungsentscheidung. Bei der Bundestagswahl geht es darum, ob die nächsten vier Jahre in Deutschland weiter von einer arbeitnehmerfeindlichen Politik geprägt werden oder ob es gelingen kann, endlich einen Wechsel herbeizuführen.



Die Kohl-Regierung überläßt die Wirtschaftspolitik der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen. Zur Zeit fehlen sechs Millionen Arbeitsplätze, alle seriösen Schätzungen gehen im Jahresschnitt 1994 von rund vier Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen aus. Die leichte Konjunkturverbesserung durch verstärkte Auslandsnachfrage reicht nicht aus, Unternehmen zum Einstellen von Arbeitskräften zu bewegen. Im Gegenteil: Bei privatisierten ostdeutschen Betrieben, aber auch bei vielen westdeutschen Unternehmen geht der Abbau von Arbeitsplätzen weiter. Die Kohl-Regierung hat mühsam erkämpfte Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, Sozialkürzungen auf dem Rücken der Ärmsten vorgenommen und die Steuern und Abgaben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kräftig erhöht. Zum 1. Januar 1995 will sie nochmals 7,5 Prozent auf die Einkommenssteuerschuld von allen, getarnt als „Solidaritätszuschlag“, abkassieren, weitere Selbstbeteiligungen in der Krankenversicherung sind geplant. Die SPD steht für soziale Sicherheit, eine Wirtschaftspolitik zur Schaffung von Ar-

beitsplätzen und umweltpolitische Vernunft. Sie wird nicht die Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Rahmen dafür schaffen, daß Deutschland in den Bereichen Umwelttechnologie, Telekommunikation, moderne Verkehrssysteme und Dienstleistungen einen Spitzenplatz einnimmt. Investitionen in Arbeitsplätze müssen stärker gefördert, Forschung und Entwicklung mit staatlicher Hilfe vorangetrieben werden. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die SPD Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung ausbauen. Gut ausgebildete Arbeitnehmer, die verantwortungsbewußt mitentscheiden, sind das größte Kapital der deutschen Wirtschaft. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften eine Aus- und Weiterbildungsoffensive beginnen. Die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten gilt es zu verbessern. Bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation müssen Betriebs- und Personalräte wirksame Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Die Ar-

beitszeitgestaltung der Beschäftigten gilt es zu verbessern. Bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation müssen Betriebs- und Personalräte wirksame Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Die Arbeitszeitgestaltung soll den Beschäftigten so weit wie möglich überlassen sein. Mit einem neuen Arbeitszeitgesetz wird eine von Rudolf Scharping geführte Bundesregierung Überstunden eindämmen und damit die Arbeit auf mehr Schultern verteilen. Wochenend- und Nacharbeit sollen die Ausnahme bleiben und nicht wie beim Arbeitszeitgesetz der Kohl-Regierung zur Regel werden. Und eines hat Rudolf Scharping versprochen: Der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes wird in eine Fassung gebracht, die Parität bei Arbeitskämpfen garantiert. Soziale Sicherheit ist keine Schönwetterveranstaltung. Der Sozialstaat muß gerade in Krisenzeiten funktionieren. Mit der SPD wird es keinen weiteren Sozialabbau geben. Das Schlechtwettergeld wird ohne wenn und aber sofort wieder eingeführt. Zur Bekämpfung der Armut in Deutschland sind umfassende Konzepte notwendig. Um die Wohnungsnot zu beseitigen, müssen in einem ersten Schritt pro Jahr zusätzlich 100.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Die steuerliche Förderung der eigenen vier Wände muß gerechter werden und Arbeitnehmerfamilien wirksamer helfen. Dazu wird die SPD die Förderung auf einen einheitlichen Förderbetrag für alle umstellen, der Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen und Familien mit Kindern hilft. Die Kinderfreibeträge wird eine SPD-geführte Bundesregierung durch ein einheitliches Kindergeld von 250 Mark ab dem ersten und 350 Mark ab dem vierten Kind ersetzen. Davon profitieren Gering- und Normalverdiener. Statt eines „Solidaritätszuschlages“ für alle wird es eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für Ledige ab 60.000 Mark und Verheiratete ab 120.000 Mark Jahresverdienst geben. Das entlastet 80 Prozent der Steuerzahler.



Auswahlgrundsätze für die Aufnahme von Kindern in die Kindertagesstätte Fußsteigkoppel

oder

Wie ergattere ich einen Kindergartenplatz

Während seiner letzten Sitzung am 6.9.1994 beschäftigte sich der Ausschuß für Schulen, Kultur, Jugend und Sport ausgiebig mit den Auswahlgrundsätzen für die Aufnahme von Kindern in die Kindertagesstätte.

Alle Seiten waren sich einig bei den Kriterien für Ausnahmen von der normalen Reihenfolge (vor allem soziale Gründe). Kontrovers blieb der Zeitpunkt der Anmeldung. Die Ausschußmitglieder von SPD und GRÜNEN argumentierten vergebens. - Die CDU will weiter daran festhalten, daß allein der frühzeitige Anmeldetag, also möglichst das Telefonat aus dem Kreissaal heraus, entscheiden soll. Aber was ist mit den Neubürgerinnen und Neubürgern in Kronshagen, die später zuziehen? Und was ist mit den Eltern, die sich aus den verschiedensten Gründen erst kurz vor der "Kindergartenfähigkeit" ihres Kindes entschließen, für ihr Kind einen Kindergartenplatz zu suchen? Die CDU hält dem die Möglichkeit einer "zuverlässigen Lebensplanung" entgegen. Warum diese nicht gewährleistet ist, wenn ein Stichtag für die Anmeldung sechs Monate vor Vollendung des dritten Lebensjahres liegen soll (so der Vorschlag der SPD und von den GRÜNEN), bleibt schleierhaft. Transparenz und Gleichbehandlung bleiben jedenfalls auf der Strecke.

Und konsequent ist der CDU-Vorschlag auch nicht. Besser wäre der Rat an die Eltern, das Kind schon dann anzumelden, wenn der "B"-Test positiv ausgefallen ist.

Aber vielleicht lassen sich die Gemeindevorteilnehmerinnen und -vertreter der Mehrheitsfraktion in der nächsten Sitzung der GV am 4.10.1994 doch noch von den besseren Argumenten der Eltern überzeugen.



Helmut Kohl und sein Team

Wohnungnot ohne Ende

35,2 Millionen Haushalten in Deutschland stehen 33,8 Millionen Wohnungen gegenüber. Die Zahl der Obdachlosen und Wohnungsnotfälle nimmt ständig zu. Hinzu kommen Menschen, die aufgrund der Wohnraum-Knappheit unfreiwillig mit anderen zusammenleben. Es fehlen mehr als 2 Millionen Wohnungen. Diesen Fehlbestand verantwortet die konservative Bundesregierung, die in der ersten Hälfte der 80er Jahre wider besseres Wissen die Anstrengungen im Wohnungsbau drastisch zurückgefahren

hat, so daß nur noch 200.000 Wohnungen jährlich gebaut wurden. Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden 1973 noch 720.000 Neubauwohnungen fertiggestellt. 1993 wurden im jetzt größeren Bundesgebiet gerade mal 450.000 Wohnungen gebaut. 100.000 Wohnungen verschwinden jährlich durch Abriß, Zweckentfremdung oder Zusammenlegung vom Markt. Der Verteilungskampf um Wohnungen ist seit langem eröffnet. Wer "Knete" hat, gewinnt! Wohnungspolitik à la Kohl und Co.

FLATH

Sanitärtechnik Gasheizungen

Bauklempnerei Einbauküchen

Schreberweg 4 • 24119 Kronshagen
Fernruf (04 31) 58 30 99



Kopperpähler Allee 70
24119 Kronshagen
04 31 / 54 86 60

Ausführung sämtlicher Fliesenarbeiten

Kunststein, Naturstein

Säurefeste Belege

Handel und Verlegung